

Neoliberal

Autor(en): **Horn, Karen**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **96 (2016)**

Heft 1036

PDF erstellt am: **23.03.2021**

Persistenter Link: <http://doi.org/10.5169/seals-736305>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



KAREN HORN

WORTWECHSEL

Neoliberal

«Die Personenfreizügigkeit der EU ist in der heutigen Form ein neoliberales System, dessen Marktdogma lautet: Freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und des ›Produktionsfaktors‹ Arbeit.»

Rudolf Strahm, früherer Preisüberwacher und SP-Nationalrat, in seiner Kolumne im «Tages-Anzeiger» (8.3.2016) zum Inländervorrang.

Das Wort «neoliberal» hat eine scharfe Bedeutungsumkehr erlebt. Im allgemeinen Verständnis bezeichnet es heute eine marktwirtschaftliche Ideologie, der besondere Stringenz und Staatsferne eigen sind. Wer schon Panik schiebt, wenn von Privatisierung und Deregulierung die Rede ist, nutzt es zudem gern als Allerweltsschimpfwort, das Hartherzigkeit und Dogmatismus antönen soll – wie in Strahms Vorwurf. Dabei ging es im Neoliberalismus ursprünglich gerade nicht darum, die soziale Frage für irrelevant zu erklären und einem «Raubtierkapitalismus» zu frönen. Das Ziel war vielmehr, mit einem klug eingehegten, «starken Staat» das Laissez-faire und dessen Auswüchse zu überwinden.

Erste Nennungen fanden sich schon zur Zeit der Restauration in Frankreich. Im Jahr 1898 schrieb der Historiker Sébastien Charléty, die junge Generation habe schon nach 1820 einen «Ekel vor den Unzulänglichkeiten der Lehre des offiziellen Liberalismus» entwickelt und vor allem angesichts sozialer Notlagen eine Erneuerung gefordert, einen «Neoliberalismus». Hundert Jahre später, in der geistigen Orientierungskrise nach Erstem Weltkrieg und Weltwirtschaftskrise, kam es dann zu einer allgemeinen Popularitätswelle der Vorsilbe «neo», die auch den Liberalismus wieder erfasste.

Im Sommer 1938 markierte das «Colloque Lippmann» in Paris den Beginn eines neuen Paradigmas. Denker wie Friedrich A. von Hayek, Ludwig von Mises, Wilhelm Röpke, Raymond Aron, Louis Rougier, Michael Polanyi und Walter Lippmann erörterten dort, wie der Liberalismus zu justieren sei, auf dass er nicht wieder zu einer kartellierten Wirtschaft, einem gelähmten Staat und einer gesellschaftlichen Krise führe. Auf Alexander Rüstows Vorschlag nannten auch sie ihr Vorhaben «Neoliberalismus». Es fusste auf der Einsicht, dass dem Staat die Aufgabe zufalle, die Spielregeln der Wettbewerbsordnung zu sichern, nicht aber in die Spielzüge einzugreifen. Auf dieser Basis entstand später in Deutschland die soziale Marktwirtschaft – gewiss kein Fall von Raubtierkapitalismus, ebenso wenig wie die Europäische Union. ◀

Karen Horn

ist Dozentin für ökonomische Ideengeschichte, freie Autorin sowie Chefredaktorin und Mitherausgeberin der Zeitschrift «Perspektiven der Wirtschaftspolitik».